

Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Roland Jakob, SVP): Verkehrsplanung: Gleich lange Spiesse für alle Vertretungen der Verkehrsträger! Eine Fachstelle ist begründet!

Anlässlich der Sitzung des Quarteilteils IV (Quavier) vom 17.6.2014 musste festgestellt werden, dass hinsichtlich der geplanten Tramgeleiserneuerung zwischen Burgernziel und Freudenbergerplatz eine Besprechung der Stadt-Vertreter mit Pro Velo stattfinden soll, um offene Fragen zu klären. Eine Besprechung/Orientierung mit den Automobilverbänden war dagegen nicht vorgesehen (vgl. dazu die Interpellation Verkehrsplanung: Gleichbehandlung von Pro Velo und den Automobilverbänden?).

Die Motionäre erachten angesichts der kommenden zum Teil komplexen Planungsgeschäfte, welche Verkehrsfragen betreffen, die Gleichbehandlung aller Interessenvertretungen der verschiedenen Verkehrsträger als zwingend! Leider sind Anträge unserer Fraktion, im Rahmen des IAFP eine Fachstelle PGV einzuführen gescheitert. Die neusten Vorkommnisse zeigen, dass die Interessen des PGV im Rahmen der Planungen nicht gewahrt werden. Verwaltungsintern fehlt heute entsprechendes Fachwissen. Dieser Mangel ist durch Errichten der Fachstelle PGV zu beheben und muss in jedem Falle kostenneutral erfolgen.

Der Gemeinderat wird deshalb höflich aufgefordert:

1. Es seien Pro Velo und die Automobilverbände in sämtlichen Verkehrsfragen gleich zu behandeln.
2. Es sei für die Belange des PGV eine kompetente Fachstelle innerhalb der Verwaltung zu errichten, die über die gleichen Mittel und Kompetenzen wie die Fachstelle Velo verfügt. Die Errichtung der Fachstelle muss dabei kostenneutral erfolgen.

Begründung der Dringlichkeit

In Zukunft stehen wichtige Verkehrsvorhaben an. Es wäre stossend, wenn in den Gesprächen einzig Pro Velo einen privilegierten Zugang zur Gemeindeverwaltung hat und die Automobilverbände davon ausgeschlossen und vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Die Angelegenheit ist dringlich. Es muss rasch sichergestellt werden, dass alle Vertreter der Verkehrsträger in Zukunft gleich behandelt werden. Eine Weiterführung einer allfällig bestehenden Ungleichbehandlung würde zu stossenden Ergebnissen führen und wäre rechtsstaatlich bedenklich.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 19. Juni 2014

Erstunterzeichnende: Alexander Feuz, Roland Jakob

Mitunterzeichnende: Manfred Blaser, Ueli Jaisli, Henri-Charles Beuchat, Kurt Rügsegger, Rudolf Friedli, Nathalie D'Addezio

Antwort des Gemeinderats

Wie der Gemeinderat bereits in seiner Antwort vom 26. September 2014 auf die Interpellation Fraktion SVP: Verkehrsplanung: Gleichbehandlung von Pro Velo und den Automobilverbänden? ausgeführt hat, arbeiten die Stadt Bern sowie ihre Projektpartner bei ihren Projekten jeweils mit den betroffenen Interessenverbänden zusammen. So stehen beim Projekt Gleissanierung Ostring, welches die vorlie-

gende Motion anspricht, neben den eigentlichen Sanierungsarbeiten eine behindertengerechte Haltestelle Sonnenhof sowie Verbesserungsmassnahmen des Fuss- und Veloverkehrs im Vordergrund. Um in diesem Zusammenhang die vorhandenen Bedürfnisse abzuholen, fand mit den entsprechenden Interessensgruppen - in diesem Fall Fussverkehr Bern, Pro Velo und Procap - je eine Besprechung statt. Die oben erwähnten Interessensgruppen wurden von der Stadt Bern nicht bewusst bevorzugt, sondern waren im Rahmen des Projekts diejenigen Anspruchsgruppen, die die nötigen Inputs liefern konnten.

Zu den beiden Punkten nimmt der Gemeinderat vor diesem Hintergrund wie folgt Stellung:

Zu Punkt 1:

Grundsätzlich arbeitet die Stadt Bern sowohl bei langfristigen Planungen wie auch bei kurzfristigen Vorhaben jeweils - wie eingangs illustriert - mit den betroffenen Interessensverbänden zusammen. Je nach Thematik werden dabei die Interessenvertreterinnen und -vertreter des Fuss-, Velo-, Taxi-, Anliefer-, Lastwagen- oder privaten motorisierten Verkehrs miteinbezogen. Dieser Einbezug der am meist Betroffenen hat sich in der Vergangenheit bewährt und führt zu einer effizienten Zusammenarbeit. Dabei operiert die Stadt als neutrales Organ, welches verpflichtet ist, die verschiedenen Interessen und Bedürfnisse gebührend zu berücksichtigen und miteinzubeziehen. Bei Grossprojekten werden alle relevanten Interessenorganisationen in geeigneter Weise in den Partizipationsprozess miteinbezogen. Dies hat der Gemeinderat in seiner Antwort vom 26. September 2014 zur eingangs erwähnten Interpellation anhand des Projekts Tram Region Bern beispielhaft aufgezeigt und er erlaubt sich vorliegend den Verweis auf seine damalige Antwort. Für den Gemeinderat macht es aus den genannten Gründen wenig Sinn, in sämtlichen Verkehrsfragen Pro Velo und die Automobilverbände standardisiert gleich zu behandeln. Diese Regelung würde unnötige Aufwände verursachen, da nicht in allen Projekten die Interessen beider Verbände tangiert sind. Die Folge wären längere, ineffizientere und somit teurere Planungsprozesse.

Zu Punkt 2:

Wie der Gemeinderat bereits in mehreren aktuellen Vorstossantworten ausgeführt hat, ist die Stadtverträglichkeit des Verkehrs angesichts der steigenden Mobilitätsbedürfnisse eine grosse Herausforderung und ein zentrales Thema der Stadtentwicklung. Dabei übernehmen der öffentliche Verkehr und der Fuss- und Veloverkehr eine wesentlich Rolle. Ziel des Gemeinderats ist es, den Anteil dieser umweltfreundlichen Verkehrsformen am Gesamtverkehrsaufkommen weiter zu steigern und damit eine weitere Verlagerung des motorisierten Verkehrs auf den öffentlichen Verkehr sowie den Fuss- und Veloverkehr zu erreichen. Hinzu kommt, was der Gemeinderat in seiner Antwort vom 26. Mai 2010 auf die Motion Fraktion FDP: Einführung einer Fachstelle „Motorisierter Gewerbe- und Individualverkehr“ ausgeführt hat: Die Bildung spezieller Fachstellen macht nur in Ausnahmefällen Sinn; namentlich wenn es sich um Aufgaben handelt, die mit einem besonderen Förderungsauftrag (Bsp. Fachstelle für Fuss- und Veloverkehr/Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün) oder mit einem besonderen Koordinationsauftrag (Bsp. Fachstelle Beschaffungswesen/Direktion für Finanzen, Personal und Informatik) verbunden sind. Demgegenüber könnte die Einrichtung einer Fachstelle für die Belange des Personen- und Gewerbeverkehrs weder mit einem besonderen Förderungs-, noch mit einem besonderen Koordinationsauftrag begründet werden. Bei seiner ablehnenden Haltung stützt sich der Gemeinderat schliesslich auch auf einen kürzlichen Entscheid des Stadtrats, welcher am 5. Juni 2014 eine Planungserklärung der Fraktion SVP, die wie die vorliegende Motion eine Fachstelle „Pro motorisierten Privatverkehr“ verlangt hat, mit 48 Nein- zu 17 Ja-Stimmen und mit 3 Enthaltungen deutlich abgelehnt hat.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 10. Dezember 2014

Der Gemeinderat